

Sieglinde Katharina Rosenberger (Wien)

Frauenerwerbsarbeit – politische Kontextualisierungen im Wandel der Arbeitsgesellschaft

Der Beitrag behandelt Phänomene des „doppelten Strukturwandels“ der Frauenerwerbsarbeit im Sog des allgemeinen Wandels der Arbeitsgesellschaft. Gesellschaftliche Individualisierung, Erosion der männlichen Normalarbeitsbiographien und verstärkte weibliche Arbeitsmarktbeteiligung bei gleichzeitiger Verschärfung der Arbeitskontraktsegregation sind Kennzeichen dieser Re-Organisation bzw. Krise der Erwerbsarbeit. Die politischen Antworten auf diese Veränderungen variieren im europäischen Vergleich erheblich. In einigen Ländern wird das sog. duale Erwerbsmodell forciert, bei dem in sozial- und familienpolitischen Regelungen Frauen wie Männer als Erwerbstätige konzeptualisiert sind. In Österreich sind zwar hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung und der Entwicklung der Arbeitsformen ähnliche Tendenzen festzustellen, alleine die politischen Forderungen deuten eine Verschiebung in der Kontextualisierung der Frauenerwerbsarbeit an: In familien- und sozialpolitischen Diskussionen dominieren Frauen als Mütter und nicht als Erwerbstätige. Diese politische Konstruktion von Frauen als beruflich Unterbrechende, Betreuende, Wiedereinsteigende, Dazuverdienerin etc. steht in krassem Kontrast zur statistischen Wirklichkeit, die eine hohe Frauenerwerbstätigkeit sowie wachsende berufliche Kontinuität ausweist.

1. Einleitung

In sozialwissenschaftlichen Diskussionen zum Wandel von Erwerbsarbeit und Arbeitsgesellschaft dominieren folgende inhaltliche Ausrichtungen: Erstens wird nicht nur eine Krise, sondern bereits das Ende der Arbeitsgesellschaft prognostiziert (Huber 1984; Rifkin 1996); zweitens werden unter dem Stichwort Flexibilisierung die Differenzierung der Zeitstrukturen und die Erosion der Standard-Arbeitsverhältnisse debattiert (Sennett 1998; Beck 2000); drittens werden unter dem Aspekt von Krise und Wandel die sektoralen und technologisch bedingten Verschiebungen aufgezeigt (Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik 1999).

Die Prognosen zur Krise bzw. zum Ende der Arbeitsgesellschaft, in der die Erwerbsarbeit die dominante Form der Vergesellschaftung bildet, bereichern nun bereits seit zwei Jahrzehnten

sozialwissenschaftliche Debatten (Matthes 1983; Negt 1995; Beck 2000). Männliche Apologeten einer krisenhaften, von massenhafter Arbeitslosigkeit geprägten Entwicklung beschreiben und analysieren die raschen Veränderungen der die Erwerbsarbeit prägenden Charakteristika. Die zentrale These, die diese Arbeiten perspektivisch leitet, lautet, dass der Arbeitsgesellschaft die Erwerbsarbeit ausgehe. Rifkin prognostiziert gar eine Zwei-Drittel-Gesellschaft, bei der zukünftig lediglich ein Drittel der Menschen für die Produktion der benötigten Güter und Dienstleistungen beschäftigt sein wird, zwei Drittel hingegen erwerbsarbeitslos sein werden.

Im Zuge dieser Diskussionen sind Ideen und Projekte zur Entschärfung der prognostizierten Probleme entwickelt worden. Der Aufbau einer gemeinwesenorientierten Alternativökonomie, die Entwicklung von sog. Eigenarbeit, gilt manchen AutorInnen als sinnvoller Ausweg.

Rifkin (1996) und Beck (2000) plädieren für den Ausbau und die staatliche Unterstützung eines Dritten Sektors, in dem Gemeinwesenarbeit bzw. Bürgerarbeit geleistet wird. Die Arbeitsbiographie der Menschen sollte plurale Tätigkeiten umfassen, d. h. die Abwechslung von Erwerbsarbeit einerseits und mittels Sozialtransfers finanzierter Gemeinwesen- bzw. Familienarbeit andererseits. Diese alternativen Vorschläge zur Bereinigung der Krise der Arbeitsgesellschaft fokussieren nicht auf ein weiteres Wachstum der marktkonformen Erwerbsarbeit oder auf die verstärkte Anpassungsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen an die Bedürfnisse des Marktes (Bildung, Flexibilität etc.), sondern primär auf die materielle Wertschätzung von Arbeit für die Gemeinschaft.

Die These des Endes bzw. der Krise der Arbeitsgesellschaft, die letztlich in der Ausdifferenzierung von Eigen- und Erwerbsarbeit mündet, ist in der sozialwissenschaftlichen Literatur nicht unumstritten, sondern sie wird zumindest als ein, neben anderen, mögliches Zukunftsszenario relativiert (Weinkopf 1999a). Weiteres Wachstum der Erwerbsarbeit sowie die gestaltende Rolle der Politik (Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik) zur Lösung der Beschäftigungsprobleme sind anders gerichtete Optionen (vgl. Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik 1999).

In den Frage- und Problemstellungen zur Erosion der Erwerbsarbeit und den daraus folgenden Implikationen für die Politik spielen geschlechterspezifische Analysen und Lösungsperspektiven oft nur eine marginale Rolle. Dies überrascht auf den ersten Blick, weil gerade die oben skizzierten Ansätze einen Sektor projizieren, in dem Frauen bereits dominieren – die nicht-marktgerichtete Familien-, Betreuungs-, Haushalts- und ehrenamtliche Arbeit. Denn bekanntlich ist die Moderne durch eine Doppelorientierung der Frauen auf Erwerbsarbeit und Familienarbeit charakterisiert („Doppelte Vergesellschaftung“; siehe Becker-Schmidt 1987). Aber nicht nur die Doppelorientierung, die Ulrich Beck (2000) sinngemäß als plurale Tätigkeit bezeichnet, sondern auch einige der anderen Szenarien der „Ende-der-Erwerbsarbeit“-Denker sind für viele Frauen bereits Alltag.

Phasen der Erwerbsarbeit und der Nicht-Erwerbsarbeit, bruchstückhafte Integration in den Arbeitsmarkt, diskontinuierliche Erwerbsverläufe und die zeitliche Differenzierung der Beschäftigungsformen sind integraler Bestandteil vieler Frauenerwerbsbiographien.

Der viel beschriebene Wandel der Arbeit bzw. die These des Endes der Arbeitsgesellschaft findet insgesamt auf einem relativ hohen Niveau der Erwerbsbeteiligung von Frauen statt. Dabei fällt auf, dass ziemlich genau zu der Zeit, als Sozialwissenschaftler vor der Krise der Arbeitsgesellschaft warnen und nach Alternativen jenseits des Marktes suchen, quantitativ die Professionalisierung und Beteiligung von Frauen auf den europäischen Arbeitsmärkten weiter zunimmt (Maier 1997; Gornick 1999; Angelo/Grisold 1999). Die These, dass die Arbeit ausgeht, ist also begleitet von der empirischen Tatsache wachsender Frauenerwerbsarbeit.

In der Forschung über Erwerbsarbeit und Geschlechterbeziehungen werden Erwerbsprobleme und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktungleichheiten weniger auf die Funktionsweise des Arbeitsmarktes zurück geführt als auf strukturelle Unterschiede der Arbeitsteilung. Dies mag vielleicht ein Grund sein, weshalb in der feministischen Forschung zur Frauenerwerbsarbeit im Zusammenhang mit Strukturveränderungen der Arbeitsgesellschaft deutliche Defizite konstatiert werden (vgl. kritisch Bakker 1997; Kapeller et al. 1999). Das Erkenntnisinteresse konzentriert sich vielmehr auf Frage- und Problemstellungen, die sich mit der Struktur der Arbeitsteilung (bezahlte und unbezahlte Arbeit) und mit arbeitsmarktexternen Faktoren beschäftigen (sozioökonomische Faktoren des geschlechtsspezifischen Erwerbsverhaltens und geschlechtsspezifische Muster der Erwerbsformen, strukturelle Hemmnisse und Behinderungen beim Zugang und auf dem Arbeitsmarkt sowie direkte und indirekte Diskriminierungsmechanismen). In der feministischen Politikwissenschaft wird geschlechtsspezifisch ausgebauten Wohlfahrtssystemen und den daraus resultierenden Wirkungen auf das Erwerbsverhalten und die Integration von Frauen in die marktgängige Arbeit deutlich größeres Interesse entgegengebracht als arbeitsmarkt- und be-

schäftigungspolitischen Themen (Leitner 1999; Mairhuber 1999).

In diesem Beitrag gehe ich der Frage nach, wie im Sog des Strukturwandels der Erwerbsarbeit, der auf Individualisierung und verstärkter Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen basiert, Frauenerwerbsarbeit politisch kontextualisiert ist, wie sozial- und familienpolitische Ausrichtungen, Debatten und Regelungen auf die Veränderungen der Organisation von Erwerbsarbeit reagieren, ob und inwiefern die Transformation von Arbeitsverhältnissen von einer Transformation von Familienmodellen und Sozialstaatskonzepten begleitet wird. In europäischen Vergleichen wird darauf hingewiesen, dass durch die Veränderungen der Arbeitsmärkte und durch die wachsende Qualifizierung und Professionalisierung von Frauen das sog. duale Erwerbsmodell (*dual breadwinner-model*), bei dem Frauen wie Männer in sozial- und familienpolitischen Regelungen als Erwerbstätige konzeptualisiert sind, forciert wird (Sainsbury 1999). In Österreich sind zwar hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Entwicklung des Arbeitsmarktes ähnliche Tendenzen festzustellen, alleine die politischen Debatten der jüngsten Zeit deuten aber eine Verschiebung in der Kontextualisierung an – in familien- und sozialpolitischen Diskussionen kommen Frauen wieder verstärkt als Mütter und weniger als Erwerbstätige vor (vgl. Koalitionsüberkommen 2000).

2. Debatten und Fakten zum Wandel der Arbeit

2.1. Anstieg der Frauenerwerbsarbeit

Die feministische Forschung hat deutlich gemacht, dass die Frauenerwerbsarbeit nicht bloß Resultat der wirtschaftlichen Lage und der Arbeitsmärkte ist, sondern Teil gesellschaftspolitischer Interessen und Ziele und somit Ergebnis eines komplexen, strukturellen Zusammenspiels von Familienpolitik, Sozial-, Steuer- und Fiskalpolitik. Frauenerwerbsarbeit steht als politisches Thema im Brennpunkt von Verteilungsinteressen hinsichtlich Erwerbsarbeit,

Einkommen und Versorgungsaufgaben zwischen Frauen und Männern (Maier 1997; Crompton 1999; Lutz 2000).

Ein gesellschaftlicher Prozess, der den Wandel der Erwerbsarbeit sowie die Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit begleitet bzw. beeinflusst, ist der Prozess der Individualisierung der Menschen. Die Herauslösung aus traditionellen Beziehungen und Kontrollen sowie die Chance auf, aber auch die Verantwortung für die eigene Biographie gelten als wesentliche Kennzeichen dieser Entwicklung. Damit sowohl für Männer als auch für Frauen die Individualisierung gelingt, erscheint eine umfassende Arbeitsmarktbeteiligung Voraussetzung zu sein (vgl. Beck-Gernsheim/Beck 1994).

Tatsächlich spielen bei der Erreichung relativ hoher statistischer Frauenerwerbsquoten sowohl gesellschaftspolitische Ziele, wie z. B. Individualisierung und Chancengleichheit, als auch die neo-liberale Agenda eine unterstützende Rolle. Beide Phänomene, Individualisierung und Neoliberalismus, bedingen bzw. forcieren Frauenerwerbsarbeit. Ein Beispiel für eine vergleichsweise hohe Frauenerwerbsbeteiligung sind die USA, wo Deregulierung und Flexibilität der Arbeitsverhältnisse sehr weit fortgeschritten sind, gleichzeitig das soziale System sowie der öffentliche Sektor schwach ausgebaut und die Arbeitsbedingungen kaum geregelt sind. Die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit erfasst hier sowohl qualifizierte Arbeitsplätze als auch eine Explosion unqualifizierter, schlecht bezahlter Jobs (Crompton 1999). Eine hohe Frauenbeschäftigung ist weiters in Ländern mit ausgebautem sozialen Sicherheitssystem, verbunden mit einem breiten Angebot an staatlichen Diensten, festzustellen. Insbesondere in den skandinavischen Ländern ist der Zusammenhang zwischen der Größe des öffentlichen Sektors und einer existenzsichernden, qualifizierten und sozialrechtlich abgesicherten Frauenerwerbsarbeit deutlich zu beobachten (Bergqvist 1999).

Österreich liegt hinsichtlich der Frauenbeschäftigung im europäischen Mittelfeld. Seit den 70er Jahren hat, relativ ungeachtet von Wirtschaftskrisen, die Erwerbsorientierung und -beteiligung zugenommen; die Frauenbeschäftigung ist stärker als die Männerbeschäftigung

gestiegen. Deutlich wird dies an den Indikatoren Erwerbsquote und Anteil der Beschäftigten: Die Erwerbsquote von Frauen (15- bis 64-jährige) stieg von ca. 50 Prozent in den 70er Jahren auf über 60 Prozent in den 90er Jahren; der Anteil der Frauen an den gesamten unselbständig Erwerbstätigen lag Ende der 90er Jahre bei über 43 Prozent. Die Zuwächse der Frauenbeschäftigung sind seit den 70er Jahren vor allem in Dienstleistungsberufen, insbesondere in Lehr-, Sozial- und Kulturberufen, zu verzeichnen (Finder/Blaschke 1998). Dem quantitativen Anstieg der Frauenerwerbsarbeit stehen aber weiterhin Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen gegenüber. Der *gender gap* hinsichtlich horizontaler und vertikaler Segregation, Arbeitszeit, Beschäftigungsausmaß und Einkommen ist in den letzten Jahrzehnten nicht nur nicht wesentlich abgebaut worden, sondern hat sich weiter verschärft. Hinzugekommen ist darüber hinaus eine weitere Segregationsebene, nämlich jene der Arbeitsformen und -kontrakte (Angelo/Grisold 1999; Kapeller et al. 1999; Gregoritsch et al. 2000).

Statistiken zufolge ist der Arbeitsplatzzuwachs der letzten drei Jahrzehnte fast zu Gänze auf den öffentlichen Sektor zurückzuführen, der privatwirtschaftliche Bereich hat hingegen nur eine schwache Kapazität in der Schaffung von Arbeitsplätzen gezeigt (Weinzierl 1999; Kapeller et al. 1999). In Anbetracht der hohen Partizipation von Frauen in den eben genannten Branchen ist zu erwarten, dass der technologische Strukturwandel ebenso wie die Entstaatlichung sozialpolitischer Aufgaben und die Reduzierung des öffentlichen Sektors primär Frauenarbeitsplätze betreffen wird. Auffällig ist, dass die in Aussicht gestellten Einsparungen im Personalbereich des Öffentlichen Dienstes zwar von der Gewerkschaft kritisiert werden, dass diese Kritik aber keineswegs im Kontext der Frauenerwerbsarbeit stattfindet. Eine Debatte über geschlechtsspezifische Komponenten der Reduzierung des Öffentlichen Dienstes ist in Österreich ausständig.

Die neoliberale Agenda birgt für die Entwicklung der Quantität und Qualität von Frauenerwerbsarbeit Fallen und Verschärfungen: Zum einen wächst aufgrund von Niedriglohnstrate-

gien, Globalisierung und Individualisierung das quantitative Ausmaß der Frauenerwerbsarbeit; zum anderen ist eine neoliberale Politik von Entstaatlichung und Privatisierung sozialer Leistungen (Rückbau des Sozialstaates) charakterisiert. Unbezahlte und unterbezahlte Arbeit (Billiglohnarbeitsplätze) liegen im Trend neoliberaler Entwicklungen bzw. werden als Lösungsansätze gegen Arbeitslosigkeit projiziert (Weinkopf 1999b). Diese parallel verlaufenden Entwicklungen, nämlich Notwendigkeit der Erwerbsarbeit bei gleichzeitiger Verschlechterung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit sowie der Flexibilitätsdruck, verschärfen die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen zunehmend.

Ein Zwischenergebnis des Wandels der Arbeit, respektive der Frauenerwerbsarbeit, ist ein stellen- und phasenweises Aufbrechen der vielfach von der Frauenforschung kritisierten Strukturtatsache der modernen Gesellschaft, nämlich der fundamentalen Trennung von öffentlich und privat, von Produktion und Reproduktion, von Arbeitsplatz und Leben. Kennzeichen von Telearbeit als posttayloristischer Arbeitsform ist, dass sie zunehmend weniger in den betrieblichen Einheiten, sondern in Privatwohnungen geleistet wird. Die Wohnung wird zum Ort kapitalistisch organisierter Erwerbsarbeit, wo Frauen zumindest in organisatorischer Hinsicht Beruf und Familie verbinden können (Weinkopf 1999a, 94). In einer feministischen Perspektive des Strukturwandels wären folglich die Grenzverschiebungen und -auflösungen zwischen Staat, Markt und Privatheit, auf denen neoliberale Wirtschaftsformen basieren, neu zu analysieren und zu beurteilen, um verstärkt die Thematik der (mangelnden) Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit in den Blick zu bekommen.

In Deutschland beobachtet Engelbrech (1997), dass die strukturellen Verschiebungen des Übergangs von der Produktions- zur Dienstleistungs- bzw. Informationsgesellschaft Veränderungen der Beschäftigungsformen und -chancen von Frauen bedingen. Insbesondere gehe eine zeitliche Deregulierung herkömmlicher Beschäftigungsverhältnisse von Frauen mit dem Strukturwandel einher. Zusätzliche, neue

Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich seien zwar geschaffen worden, jedoch habe sich das zeitliche Ausmaß reduziert. Mit anderen Worten – der sektorale, technologische Strukturwandel ist von zeitlicher Deregulierung und Unterbeschäftigung begleitet.

2.2. Flexibilität und Nicht-Standard-Beschäftigung

Richard Sennett (1998) beschreibt in aufrüttelnder Weise die durch die Veränderung der Arbeitsformen hervorgerufenen Veränderungen von Lebenssituationen. Flexibilität sei die alle Lebens- und Arbeitsbereiche durchziehende Grundnorm der sich wandelnden Arbeitsgesellschaft. ArbeitnehmerInnen müssten kurzfristig und flexibel handeln, ihre Bereitschaft, Unsicherheit und Risiken einzugehen, sei gefordert; fixe Regeln und formale Abläufe würden hingegen verschwinden. Ulrich Beck (2000) konstatiert das Anwachsen der Unterbeschäftigung in Form von Beschäftigungsverhältnissen jenseits von Vollzeitkontrakten (Teilzeit, geringfügige Beschäftigungsformen). Der Arbeitsgesellschaft gehen die relativ gut bezahlten, existenzsichernden Beschäftigungsverhältnisse aus, die bisherige Norm-Arbeit geht verloren.

Was bedeuten diese Befunde für die Frauenbeschäftigung? Vorweg sei in Erinnerung gerufen, dass auch die sogenannte goldene Zeit der Vollbeschäftigung lediglich eine Phase der halbierten Vollbeschäftigung war: Nur Männer besaßen im hohen Maße Vollzeitarbeitsplätze, die Beschäftigungsformen von Frauen waren von Vielfältigkeit gekennzeichnet – Frauen waren Nur-Hausfrauen, zeitlich reduzierte Dazuverdienerinnen, temporär berufstätig (Zwei- bzw. Drei-Phasen-Modelle) und vollzeitbeschäftigt. Neben der Verbesserung der Qualifikationen und den arbeitsnachfrageseitigen Aspekten des Wandels von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft führten erst die wachsende Flexibilität im Arbeitsübernahmeverhalten und die zunehmende Heterogenität der Beschäftigungsverhältnisse zum signifikanten Anstieg der Frauenbeschäftigung. Insbesondere

ist im Zuge des Anstiegs von Teilzeitarbeit die Erwerbstätigkeit von Müttern gestiegen (Lutz 2000). Claudia Weinkopf (1999a, 94) prognostiziert einen weiteren Anstieg der Frauenerwerbsarbeit durch Flexibilisierung und Deregulierung, ein Ende der Erwerbsarbeit ließe sich anhand der Datenlage nicht erkennen.

Friederike Maier (1997, 15) identifiziert in den EU-Staaten einen „doppelten Strukturwandel“: Erstens einen sektoralen Wandel in Richtung Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft; zweitens einen Wandel der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen, weg vom Normalarbeitsverhältnis hin zur temporären, sozialrechtlich nicht abgesicherten flexiblen Arbeitsform. In dieser Dynamik würden aber nicht Männer von Frauen ersetzt werden, sondern eine hohe Frauenbeschäftigungsquote gehe überall einher mit einer hohen Männerbeschäftigungsquote bzw. eine niedrige Frauenbeschäftigungsquote mit einer niedrigen Männerbeschäftigungsquote.

Die soziale Absicherung und Freiwilligkeit der Entwicklung von Nicht-Standard-Arbeitskontrakten wird nicht in allen Ländern gleich negativ bzw. positiv beurteilt. Maier (1997) erkennt im „doppelten Strukturwandel“ eine Verschlechterung der Qualität der Arbeitsplätze und der sozialen Absicherung. Meulders, Plasman und Plasman (1997) hingegen betonen, dass im skandinavischen Raum der Ausbau der Teilzeitarbeit insbesondere ein Ausbau von qualifizierten und sozialrechtlich abgesicherten Dienstleistungsarbeitsplätzen (z. B. Teilzeitarbeitsanspruch von Eltern) bedeutet und die Ausweitung der Teilzeitarbeit durchaus im Interesse der ArbeitnehmerInnen liegt.

Auch in Österreich ist der Anstieg der Frauenerwerbsarbeit in erster Linie ein Anstieg von flexiblen, Nicht-Standard-Beschäftigungsverhältnissen. Seit den 70er Jahren ist der Trend von Voll- zu Teilzeitarbeitsformen und neuerdings zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen festzustellen. Stieg in den 70er Jahren vor allem die Vollzeitbeschäftigung der Frauen, so bestehen die Zuwächse seit 1985 und insbesondere seit Mitte der 90er Jahre überwiegend aus zeitlich reduzierten Beschäftigungsverhältnissen. Die Anzahl der geringfügig Be-

schäftigten ist alleine vom Jahre 1996 auf 1997 um 11 Prozent gestiegen; der Frauenanteil an dieser Beschäftigungsform beträgt 73 Prozent. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen (einschließlich der vorgemerkt Arbeitssuchenden) ist um 175.000 gestiegen. Mit dem Anstieg von Teilzeitarbeit steigt also die Zahl der Arbeitsplätze von Frauen – aber nicht das gesamte weibliche Beschäftigungsvolumen (Angelo/Grisold 1999; Kapeller et al. 1999; Tálos 1999).

Der Wandel der Arbeitsgesellschaft ist unter dem Blickwinkel der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit aus einem weiteren Grunde ambivalent zu beurteilen. „Die strukturellen Veränderungen haben zur Folge, dass die gängigen Maßstäbe der männlichen Normalarbeitsbiographie brüchig werden. Immer größere Teile der Bevölkerung sind von den bislang eher für Frauen typischen Risiken betroffen, müssen ihre Erwerbsarbeit über längere Phasen unterbrechen und/oder integrieren sich über Teilzeit in den Arbeitsmarkt. Die Normalitätsstandards bisheriger Arbeitsverhältnisse, die Frauen strukturell benachteiligen, lassen sich im Zuge der Globalisierung nicht mehr aufrechterhalten“ (Braun/Jung 1997, 10).

In der Frauenforschung wurde wiederholt kritisiert, dass der Arbeitsgesellschaft unflexible Muster zugrunde lägen, nämlich eine kontinuierliche Tätigkeit, ohne familiär bedingte Unterbrechungen, und Vollzeitverhältnisse, die die Norm bildeten, an der andere Arbeitsverhältnisse (z. B. Teilzeitarbeit) gemessen und bewertet würden (vgl. Angelo/Grisold 1999; Perrons 1999). Forderungen nach mehr Flexibilität der Arbeitsorganisation, nach Teilzeitarbeitsmöglichkeiten sowohl für Frauen als auch für Männer, wurden aus gleichstellungspolitischen Erwägungen formuliert. Da die als Norm unterlegte, idealisierte männliche Normalbiographie als Erklärungsfaktor geschlechtsspezifischer Arbeitsmarktungleichheiten identifiziert wird, könne, rein hypothetisch, die Erosion der männlichen Normalbiographie auch als Chance der Normalisierung von diskontinuierlichen, zeitlich reduzierten Frauenarbeitsformen gesehen werden.

Damit Flexibilität aber tatsächlich eine Chance für Frauenerwerbsarbeit sein kann, müsste

eine Balance zwischen Flexibilitätsanforderungen der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen bestehen. Faktisch aber wird eine zeitlich, räumlich und vertraglich flexible Nicht-Normarbeitszeit zur Norm, die neue Standards der Zumutbarkeit setzt. Der Druck der Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen wird vor dem Hintergrund der strukturellen Arbeitsteilung der Geschlechter und der Flexibilitätswünsche von Frauen aufgrund vereinbarkeitsorganisatorischer Notwendigkeiten zur weiteren Hürde einer chancengleichen Arbeitsmarktintegration. Denn in einem arbeitsmarktpolitischen Klima, in dem die Eigenschaft „Verfügbarkeit“ an Bedeutung gewinnt, wirken sich faktische wie unterstellte Betreuungspflichten verstärkt als Mobilitätsbeschränkung aus (Kapeller et al. 1999).

Weiters ist gegen die Normalisierung zeitflexibler Arbeitsformen kritisch einzuwenden, dass von der Auflösung der (männlichen) Normalarbeitsverhältnisse Frauen stärker als Männer betroffen sind (der Anteil der Teilzeitbeschäftigung und der atypischen Beschäftigungsverhältnissen bei Frauen steigt stärker als bei Männern). D. h., die Erosion der männlichen Normalbiographie gilt zwar auch für Männer, in erster Linie aber geht die Norm-Arbeit den Frauen aus. Konsequenz dieser Erosion ist, dass, trotz der Ausweitung der Erwerbsarbeit, Frauen zunehmend keine hinreichende Existenzsicherung erreichen. Die temporär-reduzierten, pluralen Arbeitsformen erlauben oft weder ein materielles Auskommen mit dem Arbeitseinkommen, noch eine ausreichende, eigenständige soziale Absicherung im Alter.

Obwohl also die Individualisierung als gesellschaftliches Entwicklungsmuster recht eindeutig eine hohe Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter bedingt, sind faktisch die Befunde zur quantitativen und qualitativen Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit wenig eindeutig und widerspruchsfrei zu interpretieren. Zum einen ist in den letzten 20 Jahren die Erwerbsbeteiligung von Frauen kontinuierlich gestiegen, jene der Männer aber leicht zurückgegangen. Auch sind während dieser Zeit keine krisen- bzw. konjunkturbedingten Einbrüche der Frauenerwerbsarbeit, die im Vergleich zur Ent-

wicklung der Erwerbstätigkeit von Männern zu gravierend anderen Ergebnissen geführt hätten, zu beobachten. Zum anderen aber hat das Volumen der Frauenerwerbsarbeit nicht mit der steigenden Beteiligung mitgehalten, sondern zeitliche Unterbeschäftigung ist mehr denn je „weiblich“. Darüber hinaus ist einmal mehr zu erwähnen, dass die langjährigen Arbeitsmarktungleichheiten wie horizontale und vertikale Arbeitsmarktsegregation und geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzen, trotz steigender Bildung und Qualifizierung, nicht abgeschwächt wurden. Die Schere zwischen Frauenerwerbsarbeit und Männererwerbsarbeit hinsichtlich Arbeitszeit und Entlohnung nimmt zu (vgl. Angelo 1999; Gregoritsch et al. 2000).

Der strukturelle wie zeitliche Wandel der Erwerbsarbeit bzw. der Frauenerwerbsarbeit verlangt demnach auch nach Revisionen der frauenpolitischen/feministischen Debatten, in denen die Berufstätigkeit vor allem als Möglichkeit der Emanzipation und der materiellen Eigenständigkeit gesehen wird. Die entscheidenden Fragestellungen in einer Phase der steigenden, jedoch zeitlich flexibilisierten Frauenerwerbsarbeit haben nun vielmehr auf sozialrechtliche, arbeitsrechtliche Bedingungen, unter denen Frauenarbeit stattfindet, zu fokussieren. Eine frauenpolitische Herausforderung ist die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Gestaltung existenzsichernder Arbeitsverhältnisse bzw. eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Regelungen, Nicht-Regelungen und Anreizen für Arbeitsformen jenseits der Existenzsicherung (Billigarbeitsplätze, atypische Beschäftigungsformen).

3. Aktuelle politische Kontextualisierungen

Die Frage, der im Folgenden nachgegangen wird, bezieht sich auf politische Konstruktionen der Frauenerwerbsarbeit, auf Debattenstränge und Reformdiskussionen, in die die Frauenerwerbsarbeit gegenwärtig eingebettet ist. In welchen Kontexten – emanzipatorischen, familienpolitischen, wohlfahrtsstaatlichen oder arbeitsgesellschaftlichen und beschäftigungs-

politischen – wird Frauenerwerbsarbeit diskutiert, und welche Maßnahmen der politischen Steuerung und Regelung werden angeregt? Welches Familienmodell, welche sozialpolitischen Prinzipien und steuerlichen Ausrichtungen werden im Sog der Veränderung der Arbeitsgesellschaft und der gesellschaftlichen Individualisierung thematisiert bzw. favorisiert? Denn dass die Frauenerwerbsarbeit auch bzw. vor allem Ergebnis politischer Gestaltbarkeit, d. h. beschäftigungspolitischer, sozial-, steuer- und familienpolitischer Strategien und Konzepte ist, darüber lassen die unterschiedlichen Entwicklungen der Frauenerwerbsarbeit in Abhängigkeit unterschiedlicher Wohlfahrts- und Geschlechterregime wenig Zweifel (Sainsbury 1999).

Braun und Jung (1997, 10) leiten aus dem Wandel der Arbeitsgesellschaft, den Brüchen der Normalarbeitsbiographie, der Ausdifferenzierung der Beschäftigungsformen, der Pluralisierung der Erwerbs- und der Individualisierung der Lebensformen folgende Schlussfolgerungen ab: Erstens müssten unter einer geschlechtergerechten Perspektive Sozialtransfers von der Erwerbsarbeit abgekoppelt werden; zweitens müsste der Wechsel zwischen Erwerbs- und Familienarbeit, der bisher die weiblichen Arbeitsverhältnisse charakterisierte, für beide Geschlechter verallgemeinert werden. Bevor ich nun diesen Aspekten nachgehe, noch ein Blick auf die Konzeptionalisierung der Gleichstellungspolitik, die im Bereich der Frauenerwerbsarbeit in der Vergangenheit einen zentralen Stellenwert einnahm.

3.1. Diskriminierung und Gleichstellung/ Chancengleichheit

Ein Rahmen, in dem Frauenerwerbsarbeit wissenschaftlich und politisch diskutiert wird, ist Diskriminierung, Ungleichstellung und, im Gegenzug dazu, Maßnahmen zur Gleichbehandlung/Gleichstellung/Frauenförderung. Die Diskriminierungsthese geht davon aus, dass, weil angegliche Qualifikationsniveaus bestehen, die berufliche Chancengleichheit auf direkte und indirekte, offene und subtile Dis-

kriminierungen zurückzuführen ist (Cyba 1993). Gleichbehandlungseinrichtungen und -anwaltschaften, Gleichbehandlungsgesetze und Frauenförderbestimmungen gelten als Institutionen und Instrumente, Diskriminierungen aufzuzeigen, ihnen entgegenzuwirken und Gleichstellung im Erwerbsleben zu forcieren. Frauenförderbestimmungen sollen die vertikale Segregation, die Aufstiegs- und Karrierebeschränkungen („gläserne Decke“) abbauen helfen. Bekanntlich aber wurde alleine mit dem Instrumentarium der Gleichstellungspolitik die Segregation der Arbeitsmärkte in unterschiedlich entlohnte Frauenarbeit und Männerarbeit nicht erfolgreich bekämpft. Insbesondere in den USA kommt der Anti-Diskriminierungspolitik zentrale Bedeutung im politischen Umgang mit Frauenerwerbsarbeit zu. Demgegenüber spielen sozial- und familienpolitische Regelungen, die eine dekommodifizierende Wirkung haben könnten, kaum eine Rolle. Im Gegenteil, die hohe Frauenerwerbsrate in den USA wird u. a. mit der Absenz von sozial- und familienpolitischen Transferleistungen erklärt.

In der Europäischen Union zählt gegenwärtig die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu den expliziten Zielformulierungen. Beschäftigungspolitische Programme zur Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit als auch Initiativen zur Beseitigung von Unterschieden im Einkommen und bei den Arbeitsbedingungen sind die Themen, mit denen Chancengleichheit realisiert werden soll (Rubery/Fagan 1998). Die beschäftigungspolitischen Qualifizierungs- und Integrationsoffensiven zur Erhöhung der Vermittelbarkeit, Anpassungsfähigkeit, Beschäftigungsfähigkeit und Stärkung des Unternehmergeistes greifen aber nicht bei der Lösung struktureller Probleme, mit denen Frauen beim Einstieg in und auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind. Die frauenspezifische Ausrichtung der Beschäftigungspolitik verbessert zwar die Situationen, jedoch wird die strukturelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern kaum tangiert. Das Konzept *Gender Mainstreaming* sollte diesen Limitationen der Gleichstellungspolitik hinsichtlich der Wechselwirkungen von Arbeitswelt und Privatheit entgegen wirken.

Chancengleichheit als vierte Säule der *Beschäftigungspolitischen Leitlinien* aus dem Jahre 1997 ist in den Nationalen Aktionsplänen zu konkretisieren. *Gender Mainstreaming* gilt als verpflichtende Verhaltensregel. Das Konzept als eine neue Leitorientierung europäischer Strukturpolitik zur Realisierung von Chancengleichheit verlangt nach einer umfassenden, systematischen Einbeziehung geschlechtsspezifischer Aspekte in alle Politikformulierungen, Projekte und Maßnahmen. Geschlechtergleichstellung wird als Querschnittsaufgabe definiert, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden müsse (Schunter-Kleemann 1998).

Eine aktuelle Gegenüberstellung der gleichstellungspolitischen Agenda in der EU und in Österreich lässt deutliche Differenzen erkennen: Auf der EU-Ebene wird der Chancengleichheit als Zielvorgabe für beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Integration und Qualifizierung ein relativ prominenter Platz eingeräumt. In Österreich werden auf der Bundesebene derzeit politische Debatten zur Gleichstellung der Frauenerwerbsarbeit explizit nicht geführt. Gleichstellungspolitische Initiativen sind seit der Auflösung der Frauenministerin im Bundeskanzleramt (2000) von der Tagesordnung weitgehend verschwunden. Ein Indikator für die Ausklammerung von Gleichstellungspolitik ist der Entwurf des Objektivierungsgesetzes für den Öffentlichen Dienst, in dem die Frauenförderungsbestimmung des Bundesgleichbehandlungsgesetzes als Kann-Bestimmung und nicht wie bisher als Soll-Bestimmung vorkommt. Um *Gender Mainstreaming* als Strategie einer gleichstellungskonformen Politikformulierung bemühen sich hingegen auf der Ebene der Bundesländer die Frauenreferentinnen sowie Frauengremien im sozialpartnerschaftlichen Umfeld (z. B. Gewerkschaften, AMS).

Auf die letzten Jahrzehnte rückblickend bleibt zu konstatieren, dass, abgesehen von gleichstellungsorientierten Frauenpolitikerinnen, die Steigerung der Frauenerwerbsarbeit insgesamt kein explizites Ziel österreichischer Politik war. In sozialpolitischen Zusammenhängen kam eher der familiären Absicherung bei Entfall der Erwerbseinkommen als der Steigerung der Frauenerwerbsarbeit politische Priorität zu.

3.2. Familienpolitik: Unterbrechung und Alternativen

Janet C. Gornick (1999, 218) beschreibt in Anlehnung an die Wohlfahrtsstaats-Typologie von Esping-Andersen (1998) den Zusammenhang zwischen Sozialstaatsmodellen (insbesondere den Regelungen im Bereich von Ehe und Familie) und weiblichen Beschäftigungsmustern. Die zentrale Annahme lautet, dass wohlfahrtsstaatliche Regelungen einen direkten Einfluss auf Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsformen ausüben. Die im Vergleich zu Männern höchsten Erwerbsraten werden in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatssystemen konstatiert, wo ein großer staatlicher Sektor im Bereich der sozialen Dienste sowohl Erwerbsarbeit von Frauen nachfragt als auch infrastrukturelle Rahmenbedingungen (Vereinbarkeit) für Erwerbstätigkeit schafft. Ebenfalls relativ hoch sind die Erwerbsraten in den als liberal bezeichneten Wohlfahrtsstaatssystemen (z. B. USA). Entscheidend ist hier, dass die Erwerbsarbeit die dominante Form der materiellen Existenz darstellt und Alternativen in Form von Transfers kaum geboten werden. Die niedrigsten Erwerbsraten schließlich sind in jenen Ländern zu beobachten, in denen in den vergangenen Jahrzehnten der staatliche Sektor wenig gewachsen ist und eine Politik der Anreize und Unterstützung von Frauen/Mütter zur Nicht-Berufstätigkeit besteht. Das konservative Familienerhaltermodell mit Elementen der sozialen Absicherung von Frauen als Ehefrau und Mutter (Familienbesteuerung, Unterhalts-, Pensions- und Mitversicherungsregelungen) beeinflusst Ausmaß und Qualität der Frauenbeschäftigung. Familientransfers unterstützen Verhaltensweisen, die die Priorität einer eigenen materiellen Existenz auf der Basis von Erwerbsarbeit reduzieren (Beck-Gernsheim 1994; Angelo/Grisold 1999; Gornick 1999).

Bestimmungsfaktoren für eine geringe bzw. für eine hohe Erwerbstätigkeit von Frauen sind also sowohl die Größe des staatlichen Sektors als auch Anreize für eine Nicht-Berufstätigkeit von Müttern.

Obwohl, wie oben dargestellt, die Erwerbsarbeit von Frauen in Österreich steigt, werden

Frauen in politischen Deutungs- und Verortungsprozessen mit Familie/Nicht-Erwerbsarbeit identifiziert. Ute Behning (1999) zeigt, dass selbst vor dem Hintergrund einer Umverteilung von Erwerbsarbeit, die sich in einer Geschlechterangleichung der Partizipationsquoten am Erwerbsarbeitsmarkt äußert,¹ die Zuschreibungen und Stereotypisierungen aufrecht bleiben. Am Beispiel der Diskussionen zur Formulierung des Pflegegesetzes konnte Behning nachweisen, dass Wirklichkeitskonstruktionen in den Geschlechterkodes „weiblich/Familie“ und „männlich/Markt“ verhaftet blieben. Wirklichkeitskonstruktionen auf der Basis traditioneller Geschlechterkodes dominieren auch die Debatten zur Frauenerwerbsarbeit, die insbesondere im Kontext von Familie/Kind, berufliche Diskontinuität und organisatorische Vereinbarkeit geführt werden.

In allen EU-Mitgliedsländern sind die Phasen der Erwerbsunterbrechung bei Frauen kürzer geworden, die kontinuierliche Integration der Männer/Väter in das Erwerbssystem, unabhängig von Familienstand und Kinderzahl, gilt jedoch unverändert weiter. Das Erwerbsverhalten von Frauen und Männern verändert sich mit der Geburt eines Kindes bzw. mit der Familiengründung: Väter von kleinen Kindern sind in allen EU-Staaten häufiger erwerbstätig als Männer insgesamt; bei Müttern hingegen nimmt (gegenüber der Gesamtgruppe Frauen) das zeitliche Ausmaß der Beschäftigung ab. Das allgemeine Muster lautet also: reduzierte Beschäftigung von Müttern und verstärkte Beschäftigung von Vätern. Die Geschlechterunterschiede im Erwerbsverhalten von Eltern sind folglich höher als jene von Frauen und Männern insgesamt (Gronick 1999, 216).

Gleichzeitig sind in allen EU-Ländern die Zuwächse der Erwerbsbeteiligung vor allem bei Frauen mit Kind(ern) zu verzeichnen. Für Österreich ist allerdings zu berücksichtigen, dass die vergleichsweise hohe Erwerbsquote der Mütter – sie ist ähnlich hoch wie in Finnland und in Dänemark – auch als Ergebnis der Statistik zu interpretieren ist. KarenzgeldbezieherInnen, also Frauen die nachweislich nicht aktiv berufstätig sind, sind in der Erwerbsquote enthalten.

Trotz oder vielleicht wegen der relativ hohen Erwerbstätigkeit von Müttern sind in Österreich weniger die Verbesserung der Bedingungen für eine kontinuierliche Berufstätigkeit, sondern mehr die familienbedingte Unterbrechung und Anreizsysteme für Nicht-Beschäftigung (*Karenzgeld für alle*, Kinderscheckmodelle) die in der politischen Öffentlichkeit diskutierten Themen. Seit den politischen Kontroversen um Familienbesteuerung (1998) sowie während des Familienvolksbegehrens und im Nationalratswahlkampf (1999) tritt die Problematisierung von Frauenarbeit im Kontext von Diskriminierung, Gleichstellung und infrastrukturellen Rahmenbedingungen zur kontinuierlichen, chancengleichen Vereinbarkeit zugunsten von Unterbrechung, Familie und Alternativen der Erwerbsarbeit in den Hintergrund. Maßnahmen zur Verlängerung der Phasen der Nicht-Berufstätigkeit werden gefordert und in Aussicht gestellt. Allerdings wird diese Politik der forcierten und ausgedehnten Diskontinuität weiblicher Erwerbsverläufe nicht mit beschäftigungspolitischen Argumenten untermauert, sondern die Unterstützungswürdigkeit der Familie, das Wohl des Kindes und neuerdings auch demographische, bevölkerungspolitische Überlegungen bilden den inhaltlichen Rahmen (Rosenberger/Schallert 2000).

Seit den letzten Jahren ist in den politischen Debatten zur Frauenerwerbsarbeit eine Wende in Richtung familiärer Verortung zu beobachten, die jedoch im Kontrast zur beruflichen Realität steht. Selbst die Frauenerwerbsarbeit wird primär unter dem Aspekt von Familienfrauen behandelt (siehe Koalitionsübereinkommen 2000; Zangerl 2000). Ein deutliches Beispiel für den Perspektivenwechsel von der Erwerbstätigen zur Mutter sind die Modelle zum *Karenzgeld für alle*. Die Auseinandersetzung findet auf der Achse Versicherungsleistung für Berufstätige versus „reine“ Familienleistung für Mütter/Väter statt. Der Wechsel des Anspruchstitels für die Transferleistung inkludiert einen Wechsel der Verortung und der Funktion – einerseits Frauen als Berufstätige, andererseits Frauen als Mütter. Die Familienperspektive löst die Berufsperspektive ab. Mit der Hinwendung zur Familienperspektive korrespondiert, dass eine lang-

jährige frauenpolitische Forderung, nämlich die Arbeitsplatzgarantie während der Karenzzeit und eine darüber hinausgehende Behaltefrist, in den Vorschlägen über einen längeren Karenzzeitraum bisher gänzlich fehlen (Holzer 1999).

3.3 Hausfrau als Beruf?

In sozialwissenschaftlichen wie in politischen Diskussionen um Wege und Auswege aus der ausgerufenen Krise der Erwerbsarbeit spielen „Alternativbeschäftigungen“ im gemeinschaftlichen wie im Hausarbeitsbereich eine Rolle. Ulrich Beck (2000) und Brigitte Rudolph (2000) entwerfen Szenarien und beschreiben Projekte, wonach gerade im Zuge der Veränderung der Arbeitsgesellschaft und der Verknappung der bezahlten, norm-geregelten Beschäftigung Alternativmodelle zur Erwerbsarbeit eine wachsende Bedeutung gewinnen sollten.

Alternativen zur Entlastung der Arbeitsmärkte werden konstruiert, gleichzeitig existiert das Bild „Beruf: Hausfrau“ im kollektiven Gedächtnis. Die Frauenbewegung war bemüht, dieses Bild aufzubrechen, es als patriarchal und selbstbestimmungsfeindlich zu identifizieren. Nun kommen über die Krise der Arbeitsgesellschaft haushaltsbezogene Alternativen und Prioritäten jenseits der Erwerbsarbeit wieder ins Spiel. Das Plädoyer für eine erwerbsarbeitsferne Alternativrolle trifft auf traditionell verankerte Einstellungen der Zwei-Sphären-Verortung von Frauen und Männern. Evident ist, dass Konservative die Aufwertung der Hausfrauenarbeit als Beruf stets verlangten, und dass nun mit der Rede von der Flexibilität der Tätigkeiten die Haushalts- und Familienorientierung der Frauen neu argumentiert wird.

Ein Beispiel für die politischen Bestrebungen des Scheins der Egalisierung von Berufs- und Hausarbeit ist die plakatierte Feststellung des Tiroler Arbeiterkammerpräsidenten im Zuge der Arbeiterkammerwahlen (2000), dass die Hausfrauenarbeit ein Beruf sei. Politisch relevant ist die Idee der Berufsalternative „Hausfrau bzw. Familie“ weiters in den Debatten um Kindererziehungsgeld/Kinderscheckmodell. Berufsbearbeitung einerseits und private Betreuungsarbeit andererseits werden in der Darlegung, der Kinder-

scheck sei für Fremd- oder für Selbstbetreuung zu verwenden, direkt miteinander konfrontiert bzw. gleichrangig gegenübergestellt. Für das Kinderbetreuungsgeldmodell als „individuelle Abgeltung von individuell erbrachten Leistungen“ (Holzer 1999, 231) wird von RepräsentantInnen des Familienministeriums u. a. mit dem Prozess der Individualisierung argumentiert bzw. dieser uminterpretiert. Die Individualisierung der Kinderbetreuung tritt an die Stelle der Individualisierung durch Erwerbsarbeit.

Auch die Forderung, dass Kinderbetreuungszeiten für Mütter pensionsbegründend wirken müssten, ist Teil des Prozesses, für Frauen das erwerbszentrierte soziale Sicherheitsmodell aufzuknüpfen und einen Alternativberuf zu konstruieren. Die geschlechtsspezifische Schlagseite des Systems der sozialen Sicherheit wird an diesem Punkt besonders deutlich, weil grundsätzlich die Pensionsregelungen nach dem erwerbsabhängigen Versicherungsprinzip gestaltet bleiben und ein universalistisches Altersmodell nicht zur Debatte steht.

Der Kinderscheck kann auch als Entlastungs-offensive für eine nach marktliberalen Prinzipien gestaltete Gesellschaft und Wirtschaft interpretiert werden. Das Modell sieht vor, dass neben der Inanspruchnahme der Familienleistung *Kindererziehungsgeld* die Mutter bis zu einer bestimmten Höhe Erwerbseinkommen beziehen kann. Es darf (voraussichtlich) „dazuverdient“ werden. Das Dazuverdienen geht mit der Entwicklung konform, dass Löhne mit dem Wachstum und den Produktivitätsfortschritten nicht mehr mithalten und dass es immer weniger möglich ist, dass eine Familie von einem Einkommen lebt. Das Dazuverdienen aber erfolgt mit Jobs, die flexible Arbeitszeit und deregulierte Einkommen kennzeichnen. Möglicherweise läuft das Kinderbetreuungsgeld im Kontext neoliberaler Wirtschaft und Gesellschaft auf eine Niedriglohnstrategie, d. h. auf eine Art Subventionierung von Billig-Jobs hinaus.

Die Kinderbetreuungsgeld-Debatte fügt sich sowohl in die neoliberale Gesellschafts- und Marktkonzeption als auch in die konservative Rhetorik der Reformulierung und Neubewertung des Arbeitsbegriffes. Durch das staatliche

Entgelt für Familienarbeit wird das Muttersein vermeintlich zum Beruf. Der Arbeitsplatz bzw. das „Unternehmen Haushalt“ erfährt im Koalitionsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ (2000) besondere Erwähnung. „Gemeinnützige Dienstleistungszentren“ sollen unterstützt werden und der private Haushalt als Arbeitsplatz soll durch „unbürokratische Anmeldung“ attraktiv werden. In diesem Bereich der haushaltsbezogenen Dienstleistungen scheint ein Potential deregulierter, flexibler Arbeitsplätze, insbesondere für Frauen, vermutet zu werden.

Parallel zum erstarkten Engagement für die Entwicklung des Alternativberufes Haushalt verstummen die konkreten Vorschläge und Diskussionen um eine Neuverteilung der unbezahlten Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern. 1997 ist im Zuge der „halbe-halbe“-Reformpläne der Frauenministerin die strukturelle Arbeitsverteilung der Geschlechter zwischen Beruf und Familie grundsätzlich zur Diskussion gestanden. Die Widerstände gegen eine umfassende frauenpolitische Diskussion der Verteilung von Arbeit und Beschäftigung, von Einkommen und Betreuungspflichten, waren groß. Zentrales Argument der GegnerInnen der Idee einer partnerschaftlichen Aufteilung als Norm war die Einmischung des Staates in private Belange.

3.4. Unterbeschäftigung – Teilzeit

Ein Muster des Wandels der Organisation von Erwerbsarbeit ist der Anstieg von Teilzeitbeschäftigung, die als Mittel der Arbeitsplatzbeschaffung bzw. -sicherung forciert wird. Die Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze gilt als Lösungsstrategie für Arbeitsmarktprobleme. In Dänemark und in den Niederlanden ist die Beschäftigungssituation durch den Ausbau der Teilzeitarbeit stabilisiert worden (Weinkopf 1999a).

Teilzeitarbeit befindet sich im Spannungsfeld der Bedürfnisse von ArbeitnehmerInnen und von Forderungen der Arbeitgeberseite. Über die Freiwilligkeit, Teilzeit anstelle von Vollzeit zu arbeiten, geben Untersuchungen unterschiedliche Auskünfte. So halten Meulders, Plasman

und Plasman (1997) als generellen Trend eine allgemeine Zufriedenheit mit dem Beschäftigungstypus Teilzeit fest. Demgegenüber schreibt Maier (1997), dass in den meisten europäischen Ländern die Expansion der Teilzeitarbeit weniger auf die Wünsche und Bedürfnisse der Beschäftigten zurückgehe als vielmehr auf die veränderte Personalpolitik der Unternehmen. Die Einstellung von Teilzeitkräften sei in den meisten Fällen ein Mittel zur Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und zur besseren Auslastung des Produktionspotentials. Engelbrech (1997) führt für Deutschland aus, dass die Umverteilung von Arbeit häufig gegen den Willen der Frauen und innerhalb der Gruppe Frauen, nicht jedoch zwischen Frauen und Männern stattfinde. Vollzeitarbeitende Frauen hätten kaum den Wunsch, auf Teilzeit zu wechseln, teilzeitarbeitende Frauen aber sehr wohl den Wunsch, länger zu arbeiten.

Auffallend an den wissenschaftlichen wie politischen Debatten ist eine geschlechtsspezifische Fokussierung. In Diskussionen über beschäftigungspolitische Modelle und Antworten auf die Krise der Arbeitsmärkte bzw. auf Arbeitslosigkeit gilt Teilzeitarbeit als Instrument, auf den Arbeitsmarkt zu reagieren (Marterbauer 1999). In feministischen Debatten hingegen wird Teilzeitarbeit weniger als Reaktionsmuster des Umbaus der Arbeitsgesellschaft diskutiert, sondern als Brückenfunktion zwischen Beruf und Familie. Teilzeit gilt als Möglichkeit der Teil-Integration in die Erwerbsarbeit und als Harmonisierung der Berufs- und Familienrolle. Frauenpolitikerinnen fordern Teilzeitarbeitsplätze, obwohl, wie Engelbrech (1997) für Deutschland zeigt, viele Frauen nicht Teilzeit, sondern Vollzeit arbeiten wollen.

Ein kontroversieller Punkt in Teilzeit-Diskussionen sind gesetzliche Regelungen bzw. Ansprüche für Eltern. In skandinavischen Ländern etwa besitzen Eltern einen Anspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit. In Österreich wird ein Mehr an Rücksichtnahme der Wirtschaft auf Familienbedürfnisse gefordert, aber es ist keine rechtliche Regelung von Teilzeitarbeit beabsichtigt. In der feministischen Forschung gibt es kritische Positionen zur Teilzeit dahingehend,

als diese Arbeitsform die strukturelle Arbeitsteilung der Geschlechter sowie das Familienerhaltermodell prinzipiell aufrechterhalte, d. h. dass sie sich zur beruflichen Chancengleichheit eher kontraproduktiv verhalte (Perrons 1999).

In Anbetracht der Doppelfunktion von Teilzeitarbeit, einerseits Teil des Wandels der Organisation der Erwerbsarbeit zu sein, andererseits als Hoffnungsträger für das frauenpolitische Anliegen der Integration in den Arbeitsmarkt kommuniziert zu werden, wäre auch hier eine kritische, feministische Reformulierung erforderlich. Mit dem Interesse der Gleichstellung müsste m. E. Teilzeitarbeit weniger als emanzipatorischer Schritt dargestellt, sondern verstärkt im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung von Arbeitsverhältnissen diskutiert werden.

4. Fazit

Phänomene und Entwicklungen des Wandels der Arbeit, Globalisierung und Neoliberalismus, Abbau des öffentlichen Sektors bei gleichzeitigen Forderungen nach weiterer Familienförderung etc. betreffen Frauenerwerbsarbeit und Männererwerbsarbeit auf recht unterschiedliche Weise. Obwohl die Frauenerwerbsbeteiligung steigt, wachsen die Arbeitsmarktungleichheiten zwischen Frauen und Männern. Zur horizontalen und vertikalen Segregation kommt die Kontrakt-Segregation hinzu. Deregulierung und Flexibilisierung verschärfen die Probleme durch nicht-existenzsichernde Arbeitsverhältnisse.

Das Sozialsystem ist gefordert, auf die Entwicklungen zu reagieren bzw. soziale Absicherung unter veränderten Erwerbsarbeitsbedingungen zu gestalten. Punktuell reagiert das System der sozialen Sicherheit auf die Erosion der Normarbeitsverhältnisse – allerdings nicht in Form universeller existenzsichernder Rechte, sondern alleine für Frauen im Zusammenhang mit Kinderbetreuung. Das Frauen-Volksbegehren (1997) hat vor dem Hintergrund der Umgestaltung der Arbeitsgesellschaft konkrete Forderungen, wie Mindestlöhne, um die Unterbieterkonkurrenz aufzufangen, und Maßnahmen

zur sozialrechtlichen Absicherung von Teilzeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, formuliert. Realisiert ist seither allerdings einzig eine sozialrechtliche Regelung betreffend geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

Aktuell werden die politischen Diskussionen um den Umbau des sozialen Sicherheitssystems zum einen unter Finanzierungs- und Sparaspekten, zum anderen mit demographischen, fertilitäts- und familienpolitischen Argumenten geführt. Der Ausbau der beruflichen Diskontinuitätsregelungen und das Abgehen von der Erwerbsarbeitsorientierung des Pensionsystems bei Müttern wird jedoch nicht im Kontext des Wandels der Arbeitsgesellschaft, sondern im Rahmen der gesellschaftlichen Bedeutung der Familie diskutiert.

Betroffen von dieser Politik sind Form und Umfang der Frauenerwerbsarbeit. Die Devise ist dabei weniger „Frauen-zurück-an-den-Herd“, sondern Familie als Stützpunkt, der für Frauen eine flexible, zeitlich reduzierte Erwerbsarbeit vorsieht. D. h., die gegenwärtige Entwicklung ist nicht eine Entwicklung, die sich insgesamt gegen die Frauenerwerbsarbeit wendet, sondern sie richtet sich gegen die Angleichung der Erwerbsarbeit von Frauen und Männern. In diesem Wandel werden gleitende Übergänge von Arbeit und Erwerbsarbeit konstruiert, die Differenzierung zwischen Beruf und Familie verliert an Schärfe und Relevanz. Arbeitsplatz Haushalt und Alternativrolle, die staatlich subventioniert werden, bzw. Entgelt für private Kinderbetreuung lassen einseitig das Bild der weiblichen Erwerbsarbeit erodieren.

ANMERKUNG

- 1 Untermuert wird die Geschlechterangleichung mit folgenden Zahlen: Die Erwerbsquote der Frauen stieg von 1975 (57 Prozent) bis 1993 (62 Prozent) um 5 Prozentpunkte; die Erwerbsquote der Männer sank von 1975 (84,1 Prozent) bis 1993 (77,6 Prozent) um 6,5 Prozentpunkte (Behning 1999, 221).

LITERATURVERZEICHNIS

- Angelo, Silvia* (1999). Wieviel Chancengleichheit braucht die europäische Beschäftigungspolitik?, in: *Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik* (Hg.): Europäische Beschäftigungspolitik in der Arbeitswelt 2000. Zeitgemäße wirtschaftspolitische Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Wien, 203–230.
- Angelo, Silvia/Andrea Grisold* (1999). Zur Verteilung von Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern – eine internationale Betrachtung, in: *Kurswechsel*, 4, 65–78.
- Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik* (Hg.) (1999). Europäische Beschäftigungspolitik in der Arbeitswelt 2000. Zeitgemäße wirtschaftspolitische Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Wien.
- Bakker, Isabelle* (1997). Geschlechterverhältnis im Prozeß der globalen Umstrukturierung, in: *Helga Braun/Dörthe Jung* (Hg.): Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats, Hamburg, 66–73.
- Beck, Ulrich* (2000). Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?, in: *Ulrich Beck* (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, 7–66.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth/Ulrich Beck* (Hg.) (1994). Riskante Freiheiten – Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main.
- Becker-Schmidt, Regina* (1987). Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, in: *Lilo Unterkircher/Ina Wagner* (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985, Wien, 10–27.
- Behning, Ute* (1999). Zum Wandel der Geschlechterrepräsentation in der Sozialpolitik. Ein policy-orientierter Vergleich der Politikprozesse zum österreichischen Bundespflegegesetz und zum bundesdeutschen Pflege-Versicherungsgesetz, Opladen.
- Bergqvist, Christina* (Ed.) (1999). Equal Democracies? Gender and Politics in the Northern Countries, Oslo.
- Braun, Helga/Dörthe Jung* (1997). „Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats“, in: *Helga Braun/Dörthe Jung* (Hg.): Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats, Hamburg, 7–21.
- Crompton, Rosemary* (1999). The Decline of the Male Breadwinner: Explanations and Interpretations, in: *Rosemary Crompton* (Ed.): Restructuring Gender Relations and Employment, Oxford/New York, 1–26.
- Cyba, Eva* (1993). Überlegungen zu einer Theorie geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, in: *Petra Frerichs/Margareta Steinrück* (Hg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse, Opladen, 33–50.
- Engelbrech, Gerhard* (1997). Beschäftigungschancen von Frauen unter veränderten wirtschaftlichen, struk-

- turellen und gesellschaftlichen Bedingungen, in: *Politische Studien*, 355, 28–45.
- Esping-Andersen*, Gosta (1998). Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan *Lessenich/Ilona Ostner* (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt/New York, 19–58.
- Finder*, Ruth/Sabine *Blaschke* (1998). Tendenzen im Dienstleistungssektor – Tendenzen der Frauenbeschäftigung. Forschungsbericht des Forschungszentrum W. A. S., erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien.
- Gornick*, Janet G. (1999). Gender Equality in the Labour Market, in: Diane *Sainsbury* (Ed.): *Gender and Welfare State Regimes*, Oxford/New York, 210–244.
- Gregoritsch*, Petra/Monika *Kalmár*/Michael *Wagner-Pinter* (2000). Einkommen von Frauen und Männern in unselbständiger Beschäftigung. Endbericht. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien.
- Kapeller*, Doris/Margarete *Kreimer*/Andrea *Leitner* (1999). Hemmnisse der Frauenerwerbstätigkeit. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr. 62, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien.
- Koalitionsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ, 3. Februar 2000.
- Holzer*, Veronika (1999). Das Kinderbetreuungsgeld, in: Johannes W. *Pichler* (Hg.): *Die „Neue“ Arbeit. Die rechtspolitischen Herausforderungen*, Wien, 231–238.
- Huber*, Joseph (1984). Die zwei Gesichter der Arbeit. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft, Frankfurt am Main.
- Leitner*, Sigrid (1999). Frauen und Männer im Wohlfahrtsstaat, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien.
- Lutz*, Hedwig (2000). Frauen im Spannungsfeld zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit, in: WIFO-Monatsberichte, 5, 341–350.
- Maier*, Friederike (1997). Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 52/97, 15–27.
- Mairhuber*, Ingrid (1999). Die Regulierung des Geschlechterverhältnisses im Sozialstaat Österreich, Berlin/Bern/Frankfurt am Main/Wien.
- Marterbauer*, Markus (1999). Wege zur Vollbeschäftigung – Nationalstaatliche Modelle und die europäische Dimension, in: *Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik* (Hg.): *Europäische Beschäftigungspolitik in der Arbeitswelt 2000. Zeitgemäße wirtschaftspolitische Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit*, Wien, 21–42.
- Matthes*, Joachim (Hg.) (1983). *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt am Main.
- Meulders*, Danièle/Olivier *Plasman*/Robert *Plasman* (1997). Atypical Labour Market Relations in the European Union, in: Anneke Geska *Dijkstra*/Janneke *Plantenga* (Eds.): *Gender and Economics. A European Perspective*, New York, 175–103.
- Negt*, Oskar (1995). Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Machtpolitischer Kampfplatz zweier „Ökonomien“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 15/95, 3–9.
- Perrons*, Diane (1999). Flexible Working Patterns and Equal Opportunities in the European Union: Conflict or Compatibility?, in: *The European Journal of Women's Studies*, 6 (4), 391–418.
- Rifkin*, Jeremy (1996). *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt am Main/New York.
- Rosenberger*, Sieglinde/Daniela *Schallert* (2000). Politik mit Familie – Familienpolitik, in: *SWS-Rundschau*, 40 (3), 249–261.
- Rubery*, Y. Jill/Fagan *Collette* (1998). Chancengleichheit und Beschäftigung in der Europäischen Union, Wien.
- Rudolph*, Brigitte (2000). Eine Gesellschaft der pluralen Tätigkeiten. Chance oder Falle für Frauen?, in: Ulrich *Beck* (Hg.): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt am Main, 287–326.
- Sainsbury*, Diane (1999). Taxation, Family Responsibilities, and Employment, in: Diane *Sainsbury* (Ed.): *Gender and Welfare State Regimes*, Oxford/New York, 185–210.
- Schunter-Kleemann*, Susanne (1998). „Mainstreaming“ – die Geschlechterfrage und die Reform der europäischen Strukturpolitik, in: *Zeitschrift für Frauenforschung*, 3, 22–36.
- Sennett*, Richard (1998). *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin.
- Tálos*, Emmerich (Hg.) (1999). *Atypische Beschäftigung. Internationale Trends und sozialstaatliche Regelungen*, Wien.
- Weinkopf*, Claudia (1999a). Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft: Anmerkungen aus arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Sicht, in: Johannes W. *Pichler* (Hg.): *Die „Neue“ Arbeit. Die rechtspolitischen Herausforderungen*, Wien, 91–100.
- Weinkopf*, Claudia (1999b). Niedriglöhne – ein erfolgversprechender Ansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?, in: *Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik* (Hg.): *Europäische Beschäftigungspolitik in der Arbeitswelt 2000. Zeitgemäße wirtschaftspolitische Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit*, Wien, 121–143.
- Weinzierl*, Rupert (1999). Neue beschäftigungspolitische Konzepte für den österreichischen Arbeitsmarkt – eine Einführung, in: *Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik* (Hg.): *Europäische Beschäftigungspolitik in der Arbeitswelt 2000. Zeitgemäße wirtschaftspolitische Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit*, Wien, 7–20.
- Zangerl*, Veronika (2000). *Kinder – Küche – Computer. Das Programm der FPÖVP Regierung gegen Frauen*, in: *AUF – Eine Frauenzeitschrift*, 107, 25–26.

AUTORIN

Sieglinde Katharina ROSENBERGER, geb. 1957, Politikwissenschaftlerin an der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Politik und Theorie der Geschlechterverhältnisse; Gleichstellungs-, Sozial- und Familienpolitik, politische Entwicklungen in Österreich, Demokratiepoltik.

Adresse: Institut für Politikwissenschaft, Währingerstraße 17/5, 1090 Wien; email: Sieglinde.Rosenberger@univie.ac.at.

Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.)

Weltmacht ohne Gegner

Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Wie hat sich amerikanische Außenpolitik seit den 90er Jahren entwickelt? Welches Verständnis von internationaler Führung liegt ihr zugrunde, wie wirkt es sich auf zentrale Politikfelder aus? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Entwicklungslinien internationaler Politik?

Im ersten Teil des Buches werden Kontinuitäten und Veränderungen des internationalen, ideologischen und institutionellen Kontextes amerikanischer Außenpolitik diskutiert. Daran schließen sich Analysen zu den regionalen Herausforderungen für die US-Außenpolitik an, und zwar mit Blick auf die Politik gegenüber der Volksrepublik China, die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der EU, die Russland-, NATO- und Nahostpolitik sowie die Politik gegenüber Zentralasien und Afrika. Im dritten Teil schließlich werden die globalen Herausforderungen für amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf den Feldern Außenhandels-, Nichtverbreitungs-, Interventions-, Drogen- und Umweltpolitik diskutiert. Der Band schließt mit Überlegungen zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

3000, 425 S., geb., 58,- DM, 42,- €S (unveränd. Preisangabe), 52,50 €Fr; ISBN 3-7090-6918-3
(Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 52)



NOMOS Verlagsgesellschaft
76520 Baden-Baden